

# BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -

Tel.: 0 25 73-9 79 14 50, Fax: 0 25 73-9 79 14 51,

E-Mail: [brh-aktuell@gmx.de](mailto:brh-aktuell@gmx.de), Postanschrift am Ende (auf Seite 4 unten)

---

V.i.S.d.P. Dr. Riedel

Nr. 11/2013

03.06.2013

- 01 Einkommensrunde der Länder 2013: Stand der Dinge
- 02 DBB Seniorenvertretung: Stand der Dinge
- 03 Der BRH mit dem DBB gemeinsam gegen Bürgerversicherung
- 04 Grobe Mängel bei Elektrofahrrädern: Zu oft teurer Schrott!
- 05 „Das trägt man heute: den Organspendeausweis“
- 06 Broschüre „Wenn das Gedächtnis nachlässt“ neu aufgelegt.
- 07 Zum 1. Juni ist Schluss mit teuren Warteschleifen
- 08 Mitmachen – Nicht meckern!

## 01 Einkommensrunde der Länder 2013: Stand der Dinge

Diese Tarif- und Besoldungsrunde geht alle an:

**Tarifbeschäftigte – Beamte – Versorgungsempfänger - Rentner.**

**Der Kampf geht weiter!** – Die Regierungen der Länder tun sich schwer damit ihre ausbeuterische Beschäftigungspolitik den Landesparlamenten zur Abstimmung vorzulegen. Noch ist Zeit, dass Beamtinnen und Beamte, wenn sie sich durch die Entscheidungen der jeweiligen Landesregierung ungerecht behandelt sehen, ihre Wahlkreisvertretung im Landtag auffordern, die Kontrollfunktion auf die Landesregierung anzuwenden. **Beschlossen wurde** bis jetzt die zeit- und inhaltsgleiche 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung **beim Hamburger Senat** und **beim Niedersächsischen Landtag**, dort aber nur der Teil für 2013. Die Landesregierung Schleswig-Holstein verspricht nachzubessern. Rheinland-Pfalz hatte bereits im März die 1%-Deckelung für die nächsten 5 Jahre beschlossen und will nichts ändern.

Die **Bundesgeschäftsstelle des Deutschen Beamtenbundes** (Geschäftsbereich 2) hat einen **Überblick zur Besoldungs- und Versorgungsentwicklung in Deutschland 2013/2014** mit einem angegliederten Besoldungsranking erstellt:

<http://www.brh-muenster.de/info.html#info-ms-13-10>

## 02 DBB Seniorenvertretung: Stand der Dinge

In der Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes am 27./28. Mai 2013 wurde die Satzung der neuen dbb Bundessenorenvertretung beschlossen. Damit kann am 18./19. November 2013 in Berlin der Bundessenorenkongress stattfinden, dem die Wahl der Geschäftsführung der Bundessenorenvertretung obliegt.

Der **dbb saar** hat am 16.04.13 unter dem Motto „Wandel und Kontinuität im Spiegel der Gesellschaft“ eine eigene **Landessenorenvertretung gegründet**, die nach der Satzung des dbb saar der Jugend- und Frauenvertretung gleichgestellt ist. Mit diesem Schritt wollen über 3.500 Ruheständler in den Fachgewerkschaften des dbb saar ihre Interessen besser bündeln.

<http://www.dbb-saar.de/ueberuns/senioren.html>

[http://www.dbb-saar.de/pdfs/2013/130417\\_senioren\\_aktuell.pdf](http://www.dbb-saar.de/pdfs/2013/130417_senioren_aktuell.pdf)

Als Fachgewerkschaft **besteht weiterhin der Seniorenverband Landesverband Saar**.

Beim **Niedersächsischen Beamtenbund** hat die Landeshauptvorstandskommission für Seniorenarbeit eine **Informationsmappe des NBB für Seniorinnen und Senioren** erstellt. Druck und Versand erfolgen durch die jeweilige Mitgliedsgewerkschaft bzw. den jeweiligen Mitgliedsverband.

[http://www.nbb.dbb.de/pdf/seniorenmappe\\_1304.pdf](http://www.nbb.dbb.de/pdf/seniorenmappe_1304.pdf)

Es ist vom NBB beabsichtigt, regelmäßig Änderungen bzw. Ergänzungen zur Verfügung zu stellen. Das Konzept beinhaltet die Möglichkeit für jede Mitgliedsgewerkschaft bzw. jeden Mitgliedsverband, weitere insbesondere fachgewerkschaftsspezifische Informationen ergänzend beizufügen.

## 03 Der BRH mit dem DBB gemeinsam gegen Bürgerversicherung

Von Tag zu Tag werden die Forderungen lauter und dazu massiver, die sich unmissverständlich gegen den Fortbestand der sich in jeder Beziehung bewährten privaten Krankenversicherung (PKV) in Deutschland richten. Es lässt sich nicht mehr leugnen: Die PKV wird zum Spielball politischer Ideologien gemacht. Der jüngste Großangriff in Richtung PKV kommt brandaktuell von der Bertelsmann-Stiftung und der Verbraucherzentrale Bundesverband (Vzbv) mit einem "Zehn-Punkte-Plan" für eine "integrierte Krankenversicherung". Die Initiatoren schrecken nicht einmal vor der Behauptung zurück, dass eine "integrierte Krankenversicherung" im Interesse aller Betroffenen, insbesondere auch der privat Versicherten, liege. Hinter dem Ansinnen verbirgt sich glasklar im Endeffekt nichts anderes als die alternativlose Abschaffung der PKV. Unverhohlen sollen die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die PKV zusammengeführt werden. Keine Zweifel werden daran gelassen, dass die "integrierte Krankenversicherung" sich an der derzeitigen GKV zu orientieren habe. Der Zehn-Punkte-Plan sieht nach der Klärung von vier Schlüsselfragen folgende Reformschritte vor: Die Schaffung eines tragfähigen Beamten- und Selbständigentarifs in der GKV, die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze für Neuversicherte und die Einführung der Versicherungspflicht für Selbständige und Beamte. Ein zentrales Argument für die PKV-Auflösung, das man aber wohlweislich im Verborgenen hält, ist die Mitnahme der in die Milliarden reichenden Altersrückstellungen der PKV.

Besonders auffällig in der Sache ist, dass bei der derzeitigen Debatte der Name

"Bürgerversicherung" in auffälliger Weise in den (politisch korrekten) Hintergrund gedrängt wird. Die Schaffung einer Bürgerversicherung ist aber nach wie vor das anvisierte Ziel von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Aber sind wir uns doch im Klaren: Mit einer Bürgerversicherung würde dem Bürger jede Wahl genommen, er zahlt von allen Einkünften, die er hat, eine Art Bürgerkrankensteuer in eine staatlich regulierte Einheitskasse. Die ehemalige DDR lässt grüßen. Die Folge wäre zweifelsohne: Eine Krankenversorgung würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit teurer, besser würde sie nicht.

Eine Bürgerversicherung bedeutet das Ende von Wettbewerb und Wahlfreiheit. Bevormundung, schwerfällige Bürokratie und lähmende Kontrolle wären die Folge. Ihre Einführung setzt voraus, dass alle Versicherten einer Meldepflicht unterliegen, das heißt einem bürokratischen Monster ausgesetzt wären. Die Bürgerversicherung würde ferner zwangsläufig zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen. Hinzu kommt, dass die Einführung einer Bürgerversicherung der Politik durch die Hintertür den Weg ebnen würde, das bestehende Steuerlabyrinth in Deutschland über einen weiteren Irrweg mit der Kreierung einer neuen Sozialsteuer zu ergänzen. Eine solche, in das Gewand einer Bürgerversicherung gekleidete Bürgersteuer, würde in keiner Form dazu beitragen, das gesamte System der Renten- und Krankenversicherung für die Bürger nachhaltig zu verbessern. Sie würde zudem dem Staat nur viel Geld kosten und eine gewaltige Bürokratievermehrung zur Folge haben. Niemand sollte glauben, auf diese Weise das Renten- und Gesundheitssystem reformieren zu können. Deutschland hat ein weltweit anerkanntes und gut funktionierendes Gesundheitssystem. Dagegen gibt es in Ländern mit einem einheitlichen Versicherungssystem in der Praxis gravierende Ungleichheiten.

Wir vom Seniorenverband BRH müssen deshalb jetzt unverzüglich über den DBB Beamtenbund und Tarifunion deutlich machen, dass wir alle Vorstöße auf Abschaffung der PKV und Einführung einer Bürgerversicherung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Unsere Mitglieder erwarten mit uneingeschränkt großer Berechtigung den nachhaltigen Widerstand von BRH/DBB gegen die im Gange befindlichen Bestrebungen auf Abschaffung der PKV mit ihren 43 Unternehmen mit über neun Millionen komplett privat Krankenversicherten und 23 Millionen Zusatzverträgen sowie gegen die im Fall eines Wahlsieges am 22.09.2013 von Rot-Grün geplante Einführung einer Bürgerversicherung. Der Chefredakteur des Magazins "Wirtschaftswoche", Roland Tichy, hat es auf den Punkt gebracht: "Die ‚Bürgerversicherung‘ suggeriert Gleichheit und Gerechtigkeit und zementiert doch nur ein System, das schon heute marode ist." Es ist an der Zeit, dass nun der Seniorenverband BRH und der DBB auf jeden Fall gleichzeitig darauf hinwirken müssen, zur Unterstützung des Abwehrkampfes den Marktführer der PKV, die Debeka, mit ins Boot zu holen.

**Text: Hans Burggraf**

#### **04 Grobe Mängel bei Elektrofahrrädern: Zu oft teurer Schrott!**

Gerade Seniorinnen und Senioren möchten sich mit Elektroantrieb das Fahrradfahren erleichtern. Leider haben Elektrofahrräder trotz hohen Preises oft gravierende Mängel. Neun von 16 getesteten teuren Pedelecs (bis 25 km/h) bekamen von der Stiftung Warentest nur die Note "mangelhaft" (siehe Zeitschrift "test" 6/2013). Im Belastungstest über 20.000 Kilometer – das entspricht einer angenommenen Lebensdauer der Fahrräder von fünf Jahren bei einer durchschnittlichen Strecke von elf Ki-

lometern pro Tag – kam es zweimal zum Rahmenbruch und dreimal zum Lenkerbruch. Drei Elektroräder hatten viel zu schwache Bremsen. Viele arbeiten als Störsender, andere werden durch CB-Funk aus Lastwagen abgeschaltet. Mit „gut“ wurden nur Stevens E-Courier SX (2500 €) und Kettler Obra RT (2500 €) bewertet.

Quelle: test 6/2013

## 05 „Das trägt man heute: den Organspendeausweis“

Das Bundesgesundheitsministerium und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) starten anlässlich des Tages der Organspende am 1. Juni 2013 ihre neue Kampagne „Das trägt man heute: den Organspendeausweis“. „Organspende geht uns alle an“, betonte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr am 30. Mai. Deshalb sollte jeder die Chance nutzen, eine Entscheidung zu treffen: entweder für oder gegen eine Organspende. Der Organspendeausweis bietet die Möglichkeit, dies dann entsprechend zu dokumentieren.

Mehr zu Organspende finden Sie hier:

<http://www.bmg.bund.de/praevention/organspende.html>

## 06 Broschüre „Wenn das Gedächtnis nachlässt“ neu aufgelegt.

Der Ratgeber „Wenn das Gedächtnis nachlässt“ für die häusliche Betreuung demenziell erkrankter Menschen ist in überarbeiteter Form wieder erhältlich. Die Broschüre informiert über alle wichtigen Aspekte des Umgangs mit Demenzkranken und bietet Orientierung für den Pflegealltag.

Die Broschüre können Sie unter folgendem Link abrufen oder bestellen:

[https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/einzelansicht.html?tx\\_rsmpublications\\_pi1\[publication\]=22&tx\\_rsmpublications\\_pi1\[action\]=show&tx\\_rsmpublications\\_pi1\[controller\]=Publication&cHash=1dd2e06785bff9cac81a4d97d17b1b76](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/einzelansicht.html?tx_rsmpublications_pi1[publication]=22&tx_rsmpublications_pi1[action]=show&tx_rsmpublications_pi1[controller]=Publication&cHash=1dd2e06785bff9cac81a4d97d17b1b76)

Vollständige Internet-Adresse in die Adressleiste des Browsers kopieren!

**Keinen Internetanschluss? Kein Problem!** Schreiben Sie eine Postkarte an BRH-aktuell (Anschrift auf Seite 4 unten) – wir bestellen die Broschüre für Sie.

## 07 Zum 1. Juni ist Schluss mit teuren Warteschleifen

Gute Nachricht für Telefonkunden: Ab 1. Juni 2013 sind Warteschleifen bei Sondernummern kostenfrei. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Telefonat aus dem Festnetz oder aus dem Mobilfunknetz erfolgt. Gesetzesverstöße sollen lt. Ministerin Aigner notfalls mit Bußgeldern sanktioniert werden.

<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2013/162-Schluss-mit-kostenpflichtigen-Warteschleifen.html>

## 08 Mitmachen – Nicht meckern!

Beim „BRH-AKTUELL“ sollen Ihre Wünsche und Vorstellungen als BRH-Mitglied und nicht die Interessen von Gewerkschaftsfunktionären im Vordergrund stehen. Sie als Leser sollten mitgestalten. Schreiben Sie **Leserbriefe, von 5 bis 10 Zeilen, für den „BRH-AKTUELL“**. Schön wäre es, wenn Sie **Kontakt zu uns halten** und uns hin und wieder **mitteilen, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit uns sind**. Haben Sie z.B. **eigene Vorschläge?** Wir freuen uns über jegliche Art der Anregung und auch Kritik.

E-Mail: [brh-aktuell@gmx.de](mailto:brh-aktuell@gmx.de)

Postanschrift: BRH-aktuell, c/o Riedel, Dreiningfeldstr. 32, 48565 Steinfurt